



Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek



Leitartikel Nationale Politik Internationale Politik Aus den Betrieben Kultur Inland

INTERNATIONALE POLITIK

Falsche Sicherheit in Lissabon

Das größte Militärbündnis der Welt verordnet sich eine neue Strategie

Die NATO will auf ihrem Gipfel in Lissabon eine neue Strategie verabschieden, die siebente in der Geschichte des Nordatlantik-Paktes. »Lissabon im Belagerungszustand« titelte die Wochenzeitschrift »Visão«. Umleitungen, Sperren und Kontrollen vor allem rings um den Tagungsort, das Messegelände im Expo-98-Viertel Parque das Nações, haben schon vor dem NATO-Gipfel für Verärgerung in der portugiesischen Hauptstadt gesorgt. Im NATO-Hauptquartier dagegen zeigt man sich zufrieden mit den Vorbereitungen auf das laut Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen »historische« Treffen der 28 Mitgliedstaaten.

Um die Streitpunkte des neuen strategischen Konzepts wird indes bis zuletzt gepokert. So läßt zum Beispiel die BRD-Regierung offen, in welchem Umfang sie sich am geplanten Raketenabwehrsystem der Allianz – ein Kernstück des selbst für die meisten Bundestagsabgeordneten zur geheimen Kommandosache erklärten Dokuments »NATO 2020« – beteiligen wird, ob Teile in Deutschland installiert werden und wie viel der wohl erst in zehn Jahren komplette Schirm den Steuerzahler kosten könnte.

Plan für Raketenystem

Laut Botschafter Ivo Daalder werden die USA auf dem Gipfel einen Drei-Stufen-Plan vorlegen. Danach will Washington ab 2011 auf Schiffen im östlichen Mittelmeer mobile Raketenabwehrsysteme stationieren, vier Jahre später soll ein fest installiertes System in Rumänien folgen, 2018 ein weiteres in Polen. Während die Allianz den vermutlichen Preis gern kleinredet, schätzen Experten die Kosten für neue Abfangsysteme in den einzelnen Ländern auf mehrere Milliarden Euro. Allerdings will z.B. die türkische Regierung im Gegenzug für ihre Zustimmung zum Projekt auch mitbestimmen. »Wenn sie das System bei uns installieren wollen, sollte das Kommando an uns gehen«, zitierten türkische Zeitungen Ministerpräsident Erdogan.

Prof. Michael Brzoska vom Hamburger Friedensforschungsinstitut sieht in der Fixierung auf diese vermeintlich »essenzielle Mission« der NATO eine deutliche Überbewertung der zugrunde gelegten Bedrohung durch Raketen aus »Schurkenstaaten«. In einem Punkt scheint sich die Türkei zumindest durchgesetzt zu haben: Laut Rasmussen werde man das Nachbarland Iran nicht namentlich nennen. Ankara ist zudem gegen das von der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton vor dem Gipfel unterstrichene Interesse der EU an »strategischer Partnerschaft« mit der

Zeitung vum Lëtzebuenger Vollek

Boîte postale 403
L-4005 Esch-sur-Alzette

Die Redaktionsräume

3, rue Zénon Bernard
L-4030 Esch-sur-Alzette

Tel. : 446066 - 1
Fax. : 446066 - 66
Email : info@zlv.lu

Ansprechpartner Archiv

Kontakt

Name : *
Vorname :
Straße :
PLZ / Ort :
E-mail : *

(*) Pflichteingaben

Anfrage senden

NATO.

Atomwaffen bleiben

Zwar soll im Strategischen Konzept allgemein auf das von USA-Präsident Obama verkündete Ziel einer atomwaffenfreien Welt verwiesen werden, doch wird die NATO zugleich am Prinzip der nuklearen Abschreckung festhalten. Damit ignoriert sie u.a. Forderungen nach einem Abzug der rund 20 noch immer in Deutschland stationierten USA-Atombomben. Auch die drohende Nichtratifizierung des START-Vertrages zwischen Rußland und den USA durch den USA-Senat würde alle Abrüstungsverheißungen ad absurdum führen.

Während osteuropäische Bündnisstaaten in Rußland eine Bedrohung sehen, will die NATO-Führung Moskau unbedingt in die Raketenabwehr einbeziehen. Doch will man dort nicht Teil eines Systems »unter amerikanischer Regie« sein, sondern ein eigenes einbringen: »Wir werden zwei Systeme haben, die eventuell miteinander verbunden werden«, meint Botschafter Dmitri Rogosin. In Lissabon, wo Präsident Dmitri Medwedjew erwartet wird, könne jedenfalls »ein neues Kapitel« aufgeschlagen werden, wie man in Berlin hofft. Die Passagen zur künftigen Partnerschaft mit Moskau trügen einen »deutschen Stempel«. Dabei stehen weitere Kooperationsfelder wie Antiterrorkampf und Katastrophenschutz auf der Agenda. Vor allem jedoch sollen die Transitrechte der NATO durch Rußland nach Afghanistan erweitert und die Bereitstellung russischer Hubschrauber für die afghanische Armee vorbereitet werden.

Mehr Kriege

Der Krieg am Hindukusch wird überhaupt ein Schwerpunkt in Lissabon sein. Sein schnelles Ende steht jedoch nicht in Aussicht. Vielmehr will die Allianz die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an Kabul bis 2014 formell einleiten. Trotz der mehr als 2.000 getöteten NATO-Soldaten schließt der Pakt ähnliche Einsätze in Zukunft nicht aus. Das Grundprinzip der kollektiven Verteidigung nach Artikel 5 des Nordatlantik-Vertrags von 1949 wird dabei interventionistisch und außerhalb des Bündnisgebietes auch auf vermeintlich neuartige Bedrohungen wie Raketen aus Iran oder Nordkorea, Angriffe von Terroristen und von Hackern aus dem Internet ausgeweitet.

Daß es letztlich um die Durchsetzung von Machtambitionen und geostrategischen Zielen geht, hat BRD-Militärminister Karl-Theodor zu Guttenberg gerade noch einmal deutlich gemacht, als er die Bundeswehr in den Dienst deutscher Wirtschaftsinteressen stellte. Dagegen bleibt die NATO die Antwort schuldig, wie sie auf die aus Klimaveränderung, globaler Ungerechtigkeit, Hunger, Armut oder Flüchtlingselend erwachsenden und längst existierenden Risiken reagieren will. Berlin jedoch zeigt sich zufrieden mit dem neuen Konzept. Es sei gelungen, die NATO auf ein »zukunftsgerichtetes Fundament« zu stellen, hieß es aus Regierungskreisen.

Olaf Standke, Berlin



Sonnabend 20. November 2010